



Berlin, 10. März 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,

am 1. März begrüßte ich die Ortsverbands- und Vereinigungsvorsitzenden meines Bundestagswahlkreises bei mir zu Hause in Beinhorn. Im Rahmen unserer Funktionsträgerkonferenz diskutierten wir die Herausforderungen des kommenden Bundestagswahlkampfes.

Die Deutschen blicken positiv in die Zukunft: Laut einer Umfrage des Marktforschungsinstituts Nielsen hat das Verbrauchervertrauen einen Rekordwert erreicht. Dies betrifft die gesamtwirtschaftliche Lage ebenso wie die ganz persönlichen Erwartungen der Menschen in unserem Land. Fest steht: Es gibt keinen Grund Deutschland schlecht zu reden.

Die Umfrageergebnisse bestätigen die erfolgreiche Regierungsarbeit der Union unter Bundeskanzlerin Angela Merkel. Seit ihrem Amtsantritt hat sich die Arbeitslosenzahl halbiert. Wir haben die Jugendarbeitslosigkeit besiegt und die Unternehmen suchen nach Fachkräften. Zusätzlich steigen Renten, Löhne und Gehälter. In dieser Situation an den Stellschrauben der Agenda 2010 zu rütteln ist kontraproduktiv und schadet der guten wirtschaftlichen Entwicklung.

Denn auf unsere Wirtschaft kommen neue Herausforderungen zu, auf die wir vorbereitet sein müssen. Die wichtigste ist ohne Zweifel die Digitalisierung. Anstatt zurückzuschauen und die Grundpfeiler unseres wirtschaftlichen Erfolges zu gefährden, werden wir nach vorne schauen und die richtigen Entscheidungen treffen. Anstatt zu lamentieren und mit falschen Zahlen schlechte Stimmung zu verbreiten, werden wir gestalten. So nutzen wir die mit der Digitalisierung verbundenen Chancen.

Bei der Bundestagswahl wird es auf jede Stimme ankommen. Die Union will erneut stärkste Kraft werden. Ohne uns darf keine Regierungsbildung möglich sein. Wir wollen ein rot-rot-grünes Bündnis verhindern, damit es Deutschland weiterhin gut geht. Ich freue mich sehr, ein hochmotiviertes Team an meiner Seite zu haben. Gemeinsam werden wir für dieses Ziel kämpfen.

Mit den besten Grüßen aus Berlin



### **Treffen der Außen- und Verteidigungsminister der EU am 6. März in Brüssel**

Dort verständigte ich mich mit meinen Kolleginnen und Kollegen auf weitere Schritte zur Stärkung der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Um die Fähigkeiten der EU in Auslandsmissionen zu bündeln, wird ein neues operatives Kommandozentrum mit Sitz in Brüssel geschaffen. Dieses soll die bisherigen Strukturen zur Planung und Führung von Kriseneinsätzen ergänzen. Nach der Aufstellung sollen diesem die Ausbildungsmissionen in Mali, Somalia und Zentralafrika unterstellt werden. Die EU-Missionen werden nicht zentral, sondern mit rotierenden Zuständigkeiten geführt. Deutschland stellt eins von fünf operativen Hauptquartieren, die von der EU als Kommando eines Einsatzes herangezogen werden können.

### **Gegenwärtiges Verhältnis Deutschland – Türkei**

Um es klar zu sagen: Die Nazi-Vergleiche des türkischen Präsidenten Erdogan sind inakzeptabel und klar zurückzuweisen. Wer das demokratische Deutschland mit dem des Nationalsozialismus gleichsetzt, überschreitet nicht nur jedes Maß, sondern disqualifiziert sich selbst. Er relativiert damit auch in unerträglicher Weise die furchtbaren Menschheitsverbrechen des Nationalsozialismus.

Der Umgang mit der Türkei ist ein emotionales Thema, das die Menschen in Deutschland sehr bewegt. Wir wollen nicht, dass innertürkische Konflikte in unserem Land ausgetragen werden. Wir müssen jedoch einen kühlen Kopf bewahren, um eine Spirale der Eskalation zu vermeiden und Erdogan nicht in die Opferrolle hineinzutreiben, die er für seine politischen Zwecke in der Türkei braucht.

Die oberste politische Tugend ist die Klugheit. Und politisch klug ist es, zu unseren Werten wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die uns in Deutschland stark machen, zu stehen. Deshalb macht es keinen Sinn, ein generelles Versammlungsverbot mit Auftritten türkischer Regierungsmitglieder in Deutschland zu

verhängen, solange Recht und Gesetz eingehalten werden und solange im Voraus klar ist, wer zu einer Veranstaltung als Redner kommt. Wer aber in unserem Land bei Veranstaltungen uns als faschistisch beschimpft, der ist hier unerwünscht.

Das hat nichts mit Duckmäusertum oder Erpressbarkeit zu tun, wie allenthalben zu lesen ist. Deutschland ist von der Türkei nicht erpressbar. Das Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei ist auch in türkischem Interesse, weil mehrere Milliarden Euro für die Versorgung der in der Türkei lebenden Flüchtlinge fließen und dem menschenunwürdigen Schlepperunwesen in der Ägäis ein Ende bereitet wurde. Die Türkei hat erhebliche wirtschaftliche Probleme, weshalb sie auf die Zusammenarbeit mit der EU angewiesen ist.

Wir sollten bei all dem nicht vergessen: Die Türkei ist nicht gleich Präsident Erdogan. Es gibt viele menschliche Bindungen und Freundschaften zwischen Deutschen und Türken, es gibt viele Bürger mit türkischen Wurzeln in Deutschland. Uns ist an einem guten Verhältnis mit ihnen und an einem inneren Frieden in unserem Land gelegen.

### **Sitzungswoche des Bundestages vom 7. bis 10. März 2017**

#### **Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat**

In Ihre Rede stellte die Bundeskanzlerin die dringenden Themen vor, die im Europäischen Rat heute besprochen werden. Neben der wirtschaftlichen Entwicklung sind dies vor allem die Stabilisierung der EU, die Haltung Russlands gegenüber der Ukraine und die Lage der Flüchtlinge und deren Integration. Anlässlich des 60. Jahrestages der Römischen Verträge am 25. März 2017 steht der zweite Gipfeltag im Zeichen der „Zukunft der EU 27“. Am 1. März legte die EU-Kommission hierfür in einem Weißbuch fünf Optionen für die Weiterentwicklung der EU vor. Nicht zuletzt wird sich die Bundesrepublik auf dem bevorstehen-

den Gipfel für die Wiederwahl des Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk, einsetzen.

### **Gesetz zur Stärkung der betrieblichen Altersversorgung (Betriebsrentenstärkungsgesetz)**

In erster Lesung widmen wir uns nachhaltigen Veränderungen der betrieblichen Altersversorgung in Deutschland, die unter anderem das Sozialpartnermodell betreffen. Wir legen die Grundlage für eine reine Beitragszusage in Tarifverträgen anstelle der bisherigen Zusage mit Mindestleistung sowie für die Weitergabe ersparter Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge in Höhe von 15 Prozent. Weitere Regelungsbereiche umfassen eine neue Geringverdienerförderung und die Optimierung der Riester-Rente.

### **Bundeswehreininsatz in Somalia**

Auf Ersuchen der somalischen Regierung hin, beraten wir den Antrag der Bundesregierung auf Fortsetzung der deutschen Beteiligung an EUTM in Somalia. Das Mandat soll bis zum 31.3.2018 mit unveränderter personeller Obergrenze von 20 Soldaten verlängert werden. Mit unserem Einsatz leisten wir einen Beitrag zur Stabilisierung der fragilen Staatlichkeit in Somalia sowie zum Aufbau einer funktionierenden, staatlich kontrollierten Sicherheitsarchitektur.

### **Gesetz zu bereichsspezifischen Regelungen der Gesichtsverhüllung**

In erster Lesung beraten wir Regelungen zur Gesichtsverhüllung in bestimmten Bereichen. So dürfen Beamte, Soldaten und Wahlhelfer bei Ausübung ihres Dienstes sowie bei Tätigkeiten mit unmittelbarem Dienstbezug ihr Gesicht nicht verhüllen. Ausnahmen sind nur aus dienstlichen oder gesundheitlichen Gründen vorgesehen. Des Weiteren treffen wir Regelungen im Personalausweis-, Aufenthalts- und EU-Freizügigkeitsgesetz sowie in der Bundeswahlordnung, um die Möglichkeit des Abgleichs von Lichtbild und Gesicht einer Person sicherzustellen.

10. März 2017

### **Änderung des Waffengesetzes**

Im Rahmen eines Artikelgesetzes beraten wir in erster Lesung Änderungen des Waffen- und Beschussgesetzes sowie der Allgemeinen Waffengesetz-Verordnung. Überholte Vorgaben bezüglich der Aufbewahrung von Schusswaffen und Munition bedürfen der Überarbeitung. Das Sicherheitsniveau muss angehoben und an aktuelle technische Standards angepasst werden. Um die Zahl illegal zirkulieren- der Waffen zu verringern, sieht der Entwurf der Bundesregierung ebenfalls eine befristete Strafverzichtsregelung vor.

### **Wahlkreis**

#### **Funktionsträgerkonferenz am 1. März 2017**



Funktionsträgerinnen und -träger meines Wahlkreises

### **In den Medien**

Am 16.2. 2017 führte ich ein Interview in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung über das Verhältnis der USA zur Nato und die Rolle Europas:

<http://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Ein-Land-das-sichersein-will-braucht-Freunde>

#### **Impressum:**

Dr. Ursula von der Leyen, MdB  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
[www.ursula-von-der-leyen.de](http://www.ursula-von-der-leyen.de)

#### **Bildrechtenachweis:**

L. Chaperon; CDU/CSU-Bundestagsfraktion; CDU-Landesgruppe Niedersachsen/ Arnim Linnartz; Deutscher Bundestag/Achim Melde; Deutscher Bundestag/Thomas Imo/photothek; Bundespresseamt, vdL / MW